
915/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 07.10.2020

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Katharina Kucharowits,

Genossinnen und Genossen

betreffend **Frauenförderung in der Wissenschaft**

Derzeit arbeiten ForscherInnen an den Universitäten entweder unbefristet oder - mittels aufeinander folgender Verträge - auf sechs Jahre befristet. Diese sogenannte Kettenvertragsregelung führt zu einer hohen Unsicherheit und einer mangelnden Kontinuität im Wissenschaftsbetrieb. Der gesamte "neue Mittelbau", also InhaberInnen unterschiedlicher prä- und postdoc-Stellen, und externe LektorInnen wurden zu einer zeitlich befristeten Angestelltengruppe umgewandelt. Real bedeutet sie für viele NachwuchswissenschaftlerInnen und externe Lehrende, dass sie nach Ablauf dieses Zeitraums ein Jahr mit kurzen Dienstverhältnissen bei anderen Universitäten und ArbeitgeberInnen oder mit Arbeitslosigkeit überbrücken müssen, um danach aufs Neue prekäre befristete Anstellungsverhältnisse einzugehen. Das verringert weiter die ohnehin mangelnde Berechenbarkeit der Wissenschaftskarrieren von etwa drei Viertel der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen in Österreich. Das ist der Anteil derjenigen, die an Universitäten im Rahmen befristeter Dienstverhältnisse wissenschaftliche Arbeit verrichten. Die hohe Unsicherheit von Wissenschaftskarrieren hat offensichtlich problematische Folgen für universitäre Organisationsentwicklung, forschungspolitische Zusammenarbeit und nicht zuletzt die finanzielle Absicherung der ForscherInnen.

Vor allem wirkt sich diese Entwicklung auf Frauen und ihre Tätigkeit in der Wissenschaft aus. So geht aus dem Gendermonitoring-Bericht¹ der Universität Wien hervor, dass in den letzten zehn Jahren die Anzahl der Frauen, die ein Doktorat abschließen, zwar gestiegen ist, die Anzahl der Post-Doktorandinnen jedoch gleichzeitig rapide stagniert. In mehr als der Hälfte der Fakultäten liegt der Frauenanteil bei ProfessorInnen bei nur knapp 30 Prozent. Gerade in der Post-Doc-Phase ist ein sogenannter Gender-Bias immanent, das belegen auch etliche Studien aus der Genderforschung. Die zugeschriebenen Geschlechterrollen stellen auch hier eine Hürde dar und führen zu Diskriminierung. Ebenso lassen die Strukturen in der Wissenschaft keinen Raum mehr für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Der Gender Bias führt dazu, dass Frauen eher in den unteren und mittleren wissenschaftlichen Positionen zu finden sind, wo sie über weniger Ressourcen und

¹ <https://personalwesen.univie.ac.at/gleichstellung-diversitaet/gender-monitoring/#c81350>

Entscheidungskompetenzen verfügen. Die Benachteiligung von Frauen manifestiert sich auch hier bereits in den Strukturen. Maßnahmen zur Frauenförderung sind hier unabdingbar.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat im Frühjahr 2021 einen Gesetzesvorschlag, vorzulegen, um mehr unbefristete wissenschaftliche Vollzeitstellen an den Universitäten sicherzustellen und dabei vor allem Augenmerk auf die Erhöhung des Frauenanteils auf allen Ebenen des wissenschaftlichen Bereichs zu legen. Für die Frauenförderung soll konkret ein Maßnahmenpaket präsentiert und das dafür benötigte Budget sichergestellt werden.“

Zuweisungsvorschlag: Wissenschaftsausschuss